

deutsche Fragen ja ganz offenkundig mit dessen unverhohlener Unterstützung für die Ablehnung des Statuts gewähren.<sup>37</sup>

Diese sogenannte „Adenauer-Kontroverse“ dominierte die heiße Phase der öffentlichen Auseinandersetzung bis zum Tag der Abstimmung und wurde im Saarland teilweise in Form einer regelrechten Propagandaschlacht ausgetragen. Sie prägte aber auch die saarländische Politik nach dem Referendum. Diejenigen Christdemokraten – vor allem aus den Reihen der CVP –, die sich für das Statut entschieden hatten, fühlten sich vom Bundeskanzler verraten und misstrauten seither der Zuverlässigkeit der bundesdeutschen Schwesterpartei. Die Kräfte jedoch, die sich innerhalb der saarländischen CDU für die Ablehnung des Statuts ausgesprochen hatten, sahen sich vor dem Referendum einem massiven Druck der CDU-Bundesleitung ausgesetzt, welche im Namen des Parteivorsitzenden auf eine einheitliche Linie der CDU entlang der von der Bundesregierung amtlich vertretenen zustimmenden Haltung gedrängt hatte. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung fürchteten sie auch nach der Abstimmung jede direkte Einflussnahme der Bonner CDU auf ihre internen Entscheidungsprozesse – eine Angst, die innerhalb der Parteiführung bis weit in die Zeit des nach 1956 schrittweise erfolgenden Generationswechsels bestehen blieb. So waren viele der Probleme, die sich im Zuge des späteren Einigungsprozesses für das christdemokratische Lager an der Saar stellen sollten, bereits in der „Adenauer-Kontroverse“ angelegt.

Auch in der wissenschaftlichen Forschung löste die Frage nach dem „eigentlichen“ Willen Adenauers eine heftige Kontroverse aus, die nach Umfang, Art und Bedeutung mit der Diskussion über die Annexionsabsichten Frankreichs am Ende des Zweiten Weltkriegs gleichzusetzen ist. Obwohl die verschiedenen Standpunkte mit einer Vielzahl von Arbeiten untermauert wurden, konnte die „Adenauer-Kontroverse“ bislang nicht eindeutig entschieden werden. Es zeigt sich aber sehr deutlich, dass die schlichte Gegenüberstellung scheinbar eindeutiger Quellenbeispiele – so zahlreich sie auch sein mögen – nicht zu einem vertieften Verständnis der mit der Kontroverse verbundenen Problematik führte. Vor allem sollte die Interpretation der Adenauerschen Politik nicht von der eigentlichen Fragestellung, nämlich von ihrer Bedeutung für die weitergehende wissenschaftliche Diskussion, getrennt werden.

Im Hinblick auf die übergeordnete Forschungsdiskussion zur deutschen Saarpolitik ist das Verhalten Adenauers nach Unterzeichnung der Pariser Verträge deshalb wichtig, da er die – früher stark auf territoriale, nationale und ökonomische Argumente ausgerichtete – deutsche Position in dieser Phase um das klare Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie ergänzte. Dies scheint umso beachtenswerter, als die bundesdeutsche Seite eine Volksabstimmung über die Saarfrage noch kurz zuvor

---

<sup>37</sup> Zur „Adenauer-Kontroverse“ vgl. die beiliegende CD-ROM von Susanne DENGEL. Hier auch weiterführende Literaturhinweise.